

Reichtum und soziale Benachteiligung – Datenlage und Indikatoren für die Stadtregion

Christian Stein

Soziale Segregation und die damit einhergehende räumliche Ungleichverteilung von Reichtum und sozialer Benachteiligung sind für Städte zentrale Gegenstände sozialpolitischen Handelns. Insbesondere in Großstädten erscheinen soziale Unterschiede stark konturiert und kleinräumig ausgeprägt. Global agierende Eliten mit Spitzeneinkommen finden sich in den urbanen Kernen der Metropolen ebenso wie gering entlohnte und prekär Beschäftigte, deren Dienstleistungen ebenfalls inhärenter Bestandteil des globalen Wirtschaftssystems unter Marktbedingungen sind.

Kleinräumige Sozialberichterstattung als kommunale Aufgabe

Auf lokaler Ebene für den Sozialstaat handlungsleitend ist eine innerstädtische Raubeobachtung, die sich auf operationalisierbare Indikatoren zur Beschreibung sozialer Lagen stützt. Die Untersuchung sich kleinräumig entwickelnder Unterschiede wird in Städten in Deutschland u. a. durch kommunale Stellen für Stadtbeobachtung und Statistik realisiert, die, so macht schon ihre Bezeichnung deutlich, quantitative Daten halten und auf deren Basis (Raum-)Analysen liefern. Eine Beobachtung sozialer Verhältnisse über einzelne Kommunen hinaus liefert die amtliche Statistik. Sie organisiert sich im Verbund der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Räumliche Perspektive folgt traditionell dem föderalen Staatsaufbau

Die skizzierte Struktur der Stadt- und Raubeobachtung folgt in ihrer Zerteilung einer Logik, die sich aus einer lange tradierten Vorgehensweise bei der Haltung und Auswertung von Sozial- und Wirtschaftsdaten ergibt. Sie folgt bisher weitgehend dem föderalen Staatsaufbau in der Bundesrepublik Deutschland: Als unterste Ebene im föderalen System sind die Kommunen u. a. für die Bau- oder Sozialplanung vor Ort und als deren Grundlage auch für die innerkommunale Raubeobachtung zuständig. Datenhaltung, Vergleiche und Analysen über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg erfolgen hingegen traditionell durch Institutionen der Bundesländer und Regionalverbände (Hessisches Statistisches Landesamt, 2020; Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main, 2020).

Kommunen üben den integrierten Blick über Verwaltungsgrenzen hinaus

In einer zunehmend verstärkten und verkehrlich vernetzten Metropolregion wie dem Rhein-Main-Gebiet bestehen Segregationsdynamiken auch über Stadtgrenzen hinaus. Neben der originär kommunalen Aufgabe kleinräumiger Analysen richtet sich die Raubeobachtung der Städte in jüngerer Zeit daher auch auf die Stadtregion. Mit dieser tragen sie dem Umstand Rechnung, dass bei einer starken stadtregionalen Verflechtung sozialräumliche Dynamiken nicht an Stadtgrenzen haltmachen. Die Stadt Frankfurt am Main ist mit einem seit 2012 jährlich erscheinenden Regional- und Großstädtevergleich (Stadt Frankfurt am Main, 2012), dessen Inhalte auch als interaktiver Strukturdatenatlas zur Verfügung stehen, eine der ersten Städte mit einem regelmäßigen Berichtswesen für diese regionale Perspektive.

Grundlage für bundesweite, kleinräumige Raubeobachtung besteht seit 2013

Eine bundesweit flächendeckende auch kleinräumige Raubeobachtung und die dafür notwendige Basis zur Geocodierung ist seit der Änderung des Bundesstatistikgesetzes vom 1. August 2013 vorgesehen. Sie ermöglicht das dauerhafte Führen quadratischer, geografischer Rasterzellen von einem Hektar bzw. der Abmessung 100 × 100 Meter, denen jedwedes Sachdatum zugeordnet und deren Attribute – unter Einhaltung der gesetzlichen Anonymisierungsvorgaben – veröffentlicht werden können. Dieses Raster entspricht der seit 2007 bestehenden INSPIRE-Richtlinie der europäischen Geodateninfrastruktur (Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, 2019). Eine inhaltliche Füllung dieser kleinräumigen Struktur ist Bestandteil nicht nur der Digitalisierungsstrategie des Statistischen Bundesamtes, sondern auch der Statistischen Ämter der Länder (Gebers und Graze, 2019).

Flächendeckende, kleinräumige Daten noch Mangelware

Wenngleich die Datenhaltung und Analyse in dieser kleinräumigen Form potentiell seit Jahren bundesweit möglich wäre, werden beispielsweise Informationen zu Einkommen und Sozialleistungsbezug bisher nur in der traditionellen Trennung nach

Verwaltungseinheiten und -ebenen für eine Auswertung zur Verfügung gestellt (Stadt Frankfurt am Main, 2020a; Statistisches Bundesamt, 2020). Analysen richten ihren Fokus, der föderalen Logik folgend, entweder auf Binnendifferenzierungen im Gebiet kreisfreier Städte oder auf den Vergleich von Kreis- und Gemeindedaten. Ein themenbezogener, hinsichtlich der räumlichen Perspektive integrativer Ansatz wird, vor allem bedingt durch hoheitliche Zuständigkeiten, meist nicht gewählt.

Versuch eines Blicks auf Arbeitsmarkt- und Sozialdaten über Verwaltungsgrenzen hinaus

Der vorliegende Beitrag hebt diese Trennung von kleinräumiger und regionaler Analyse explizit auf (siehe Infokasten „Räumliche Abgrenzung“). Er zeigt anhand des Beispiels von Indikatoren mit Aussagekraft für soziale Privilegierung und Benachteiligung, wie sich Sozialstrukturen stadtreional ausprägen.

Räumliche Abgrenzung

Daten für die Gemeinden im Regionalverband FrankfurtRheinMain werden für diesen Überblick mit kleinräumigen Daten für die kreisfreien Städte Darmstadt, Frankfurt am Main, Mainz, Offenbach und Wiesbaden verbunden. Durch die Hinzunahme kleinräumiger Daten für die im Regionalverband liegenden und unmittelbar angrenzenden Großstädte werden auch die innerstädtischen Unterschiede nachgezeichnet, die im Vergleich zu den interkommunalen Differenzen oft besonders deutlich ausgeprägt sind.

Immer wieder wird beim Versuch der Beschreibung von sozialer Segregation oder Benachteiligung auf eine Zusammenfassung von Indikatoren zurückgegriffen, um die Komplexität sozialer Phänomene einer Berichtsform entsprechend zu reduzieren (Bolz und andere, 2013). Auf dieses Vorgehen wird an dieser Stelle explizit verzichtet, da die Bildung von Sozial-Indizes Gefahr läuft, mit einer komplexen Rechenmechanik einzelne Aspekte sozialer Privilegierung oder Benachteiligung derart zu globalen Indikatoren zu verknüpfen, dass die dahinterstehenden Phänomene einer Beschreibbarkeit entzogen werden. Es lässt sich viel schwieriger über soziale Benachteiligung und deren (stadt-)gesellschaftliche Bearbeitung anhand eines Benachteiligungsindikators diskutieren, als wenn strukturelle Benachteiligungen mit Bezug zu ihren individuellen Auswirkungen dargestellt werden.

Um es konkret zu fassen: Wird über einen Stadtbezirk berichtet als Ort, in dem das Substrat eines Benachteiligungsindikators einen besonders hohen Wert erreicht, ist zwar damit ein ebenso abstrakter Raumausschnitt benannt und problematisiert. Die Notwendigkeit eines sozialen Ausgleichs ist jedoch nur zu adressieren, wenn konkret wird, dass z. B. insbesondere alleinerziehende Frauen und ihre Kinder benachteiligt sind, und somit die Problemlage für die Stadtgesellschaft und ihre Institutionen klarer offenliegen.

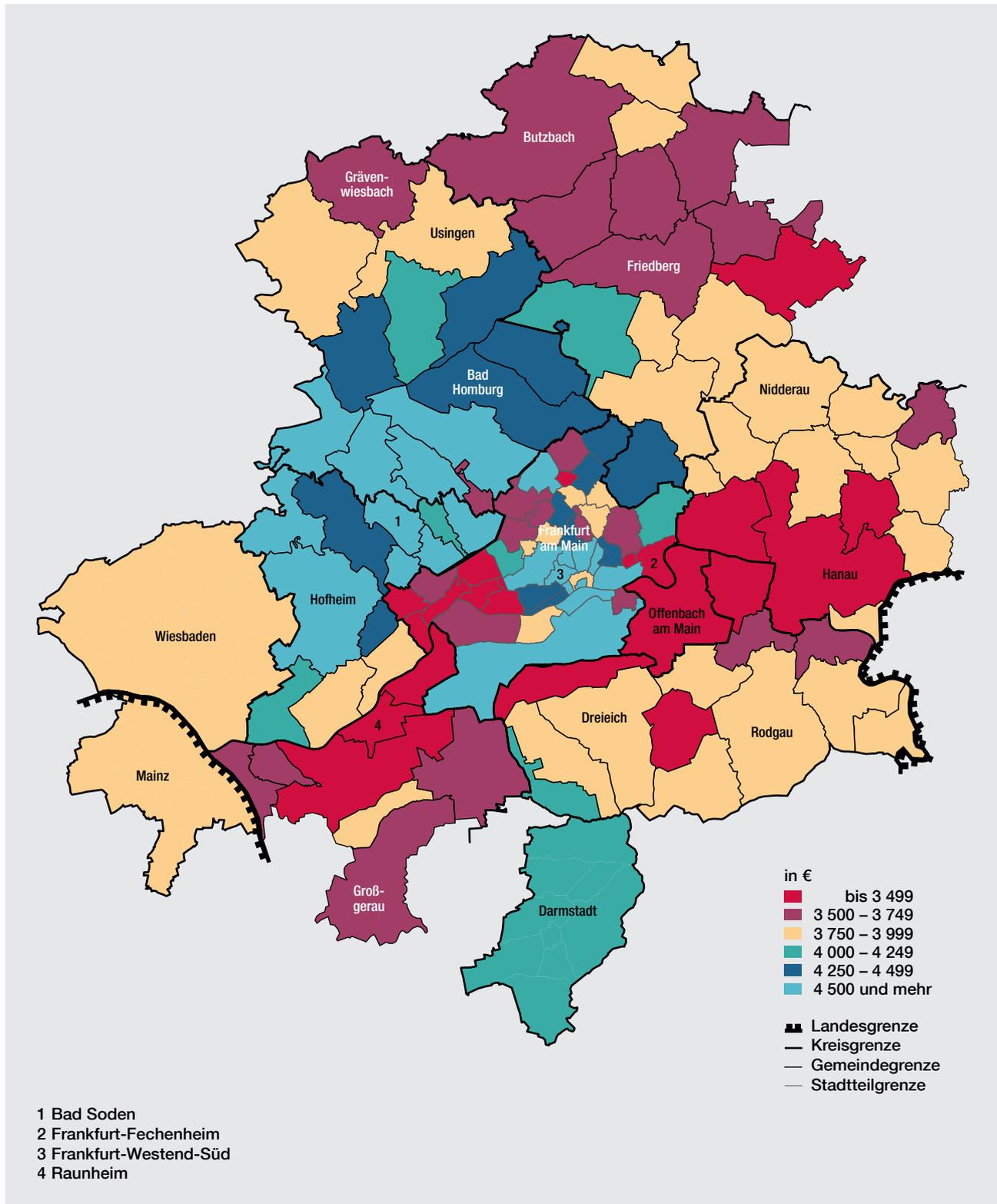
Große Einkommensunterschiede in der Stadtregion

In einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft hat materielle Teilhabe bedeutsamen Einfluss auf die Chancen sozialer Teilhabe. Als Basisindikator für den Wohlstand einer Bevölkerung wird daher häufig deren Einkommen herangezogen. In Ermangelung einer kleinräumig auswertbaren Einkommensteuerstatistik in Deutschland dient – quasi als Hilfsindikator – zur annäherungsweise Erfassung klein und großräumiger Einkommensunterschiede das Bruttoarbeitsentgelt von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten¹. Im Bundesdurchschnitt machen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2020 rund drei Viertel (74,4 %, Statistisches Bundesamt, 2021) aller Erwerbstätigen aus. Mit ihnen ist somit das Gros der Erwerbsbevölkerung erfasst. Eine Interpretation der Zahlen als Indikator für alle Erwerbstätigen darf jedoch nicht außer Acht lassen, dass damit nur die privilegierte Mehrheit der abgesicherten Erwerbsverhältnisse in den Blick genommen wird.

In der Stadtregion verteilen sich die Entgelte sehr unterschiedlich (siehe Abbildung 1, Seite 38). Im Median – d. h. die Hälfte der Beschäftigten verdient Entgelte über diesem Wert, die andere Hälfte weniger – liegen die Bruttoverdienste zwischen 2916 Euro im Frankfurter Stadtteil Fechenheim und 6375 Euro im Frankfurter Westend-Süd. In den Gemeinden im Frankfurter Umland streuen die Bruttoeinkommen weit weniger stark zwischen 3085 Euro in Raunheim und 5069 Euro in Bad Soden, auch wenn die Folgen der Corona-Pandemie die Einkommen in Raunheim fallen ließen, während in Bad Soden nominal mehr verdient wurde als vor der Pande-

¹ Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit stellt ausschließlich die Bruttomonatsentgelte für die Kerngruppe des Arbeitsmarktes zur Verfügung. Diese umfasst sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte, die ein Marktentgelt erzielen. Durch den progressiven Steuertarif der deutschen Einkommensteuer ist die Spreizung der Nettogehälter kleiner als die der Bruttogehälter.

Abb. 1 Median der Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten 2020



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; © GeoBasis-DE / BKG 2019 (Daten verändert).

Ohne Beschäftigte, für die eine besondere Vergütungsregelung zu Ausbildung, Jugendhilfe, Berufsförderung, Tätigkeit in Behindertenwerkstätten oder Freiwilligendiensten gilt.

mie. Augenfällig ist die nicht vorhandene Binnendifferenzierung mit Blick auf das Einkommen für die kreisfreien Städte Darmstadt, Mainz, Offenbach und Wiesbaden. Auch für deren Stadtgebiete ist eine starke Einkommensspreizung zu vermuten, diese ist durch die Datenlage jedoch nicht abbildbar.

Anhand der Einkommen zeigt sich ein grundsätzliches Muster, das auch bei der Auswertung von Indikatoren für soziale Benachteiligungen durchscheint: Eine besonders starke Differenzierung ist in den Großstädten vorzufinden, zum Teil in unmittelbarer Nachbarschaft.

Um Frankfurt am Main als Zentrum der Metropolregion findet sich kein klassischer Speckgürtel, der die Stadt im wörtlichen Sinne umschlüsse. Vielmehr konzentrieren sich die Wohnorte besonders wohlhabender Menschen neben einzelnen Quartieren der Städte v. a. in den Gemeinden südlich des Taunushauptkammes.

Segregationsdynamiken sowohl bei boomendem wie sich abkühlendem Arbeitsmarkt

Menschen in sozialen Problemlagen hingegen finden sich in den Gemeinden und Stadtteilen mit überdurchschnittlich wohlhabender Bevölkerung deutlich seltener. Als ein zentraler Faktor sozialer Segregation führen Dynamiken des regionalen Wohnungsmarktes dazu, dass u. a. Arbeitslose in Stadtteile oder kleinere Städte im Umland mit vergleichsweise günstigen Wohnlagen ausweichen (siehe Abbildung 2, Seite 40). Dies gilt für einen boomenden Arbeitsmarkt (Stein, 2021) und insbesondere unter Bedingungen eines sich unter dem Eindruck der Corona-Pandemie abkühlenden Arbeitsmarktes, wie die Angaben der Bundesagentur für Arbeit zur Arbeitslosigkeit für das Jahr 2020 belegen.

In besonderer Weise wird soziale Segregation sichtbar zwischen Stadtteilen der kreisfreien Städte, wie z. B. Offenbach-Mathildenschule (Arbeitslosendichte² 10,8 %) Wiesbaden-Amöneburg (9,7 %), oder Frankfurt-Fechenheim (9,6 %) und unmittelbar benachbarten Quartieren, in denen die Arbeitslosigkeit, trotz der Effekte der Corona-Pandemie, kaum ansteigt (z. B. Mainz-Drais 1,8 %, Wiesbaden-Breckenheim 2,3 % oder Frankfurt-Westend-Süd

2,4 %). Einige Quartiere in den Städten weisen einen ungleich höheren Anteil an Arbeitslosen auf als die nichtstädtischen Gemeinden mit der höchsten Arbeitslosendichte im Regionalverband (Grävenwiesbach und Niederdorfelden, je 4,8 %). Die Arbeitslosendichte in diesen Quartieren liegt mehr als das Doppelte über dem Schnitt der betrachteten Städte und Gemeinden.

Gravierende Unterschiede beim langfristigen Sozialleistungsbezug in den Großstädten

Langfristig von einer prekären materiellen Lebensgrundlage betroffen sind Menschen, die auf den Bezug von Grundsicherungsleistungen angewiesen sind³. Für leistungsberechtigte Personen sollen die Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) den Lebensunterhalt sichern. Wie häufig Menschen auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, geht wiederum gerade in den Quartieren der Großstädte stark auseinander (siehe Abbildung 3, Seite 41). In Mainz-Drais (1,7 %), Wiesbaden-Igstadt (2,7 %) und im Frankfurter Westend-Süd (2,1 %) bestreitet beispielsweise nur rund jede/jeder Fünzigste ihren/seinen Lebensunterhalt mit Leistungen nach dem SGB II – deutlich seltener als in allen Gemeinden im ländlichen Raum und trotz der Corona-Pandemie. Gleichzeitig sind in anderen Vierteln der Großstädte Menschen zehn Mal häufiger auf Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende angewiesen (z. B. Wiesbaden-Klarenthal 23,6 %, Darmstadt-Kranichstein 22,8 %, Frankfurt-Sossenheim 20,5 %, Offenbach-Mathildenschule 18,4 % und Mainz-Lerchenberg 17,8 %) als in den Wohnvierteln der Privilegierten.

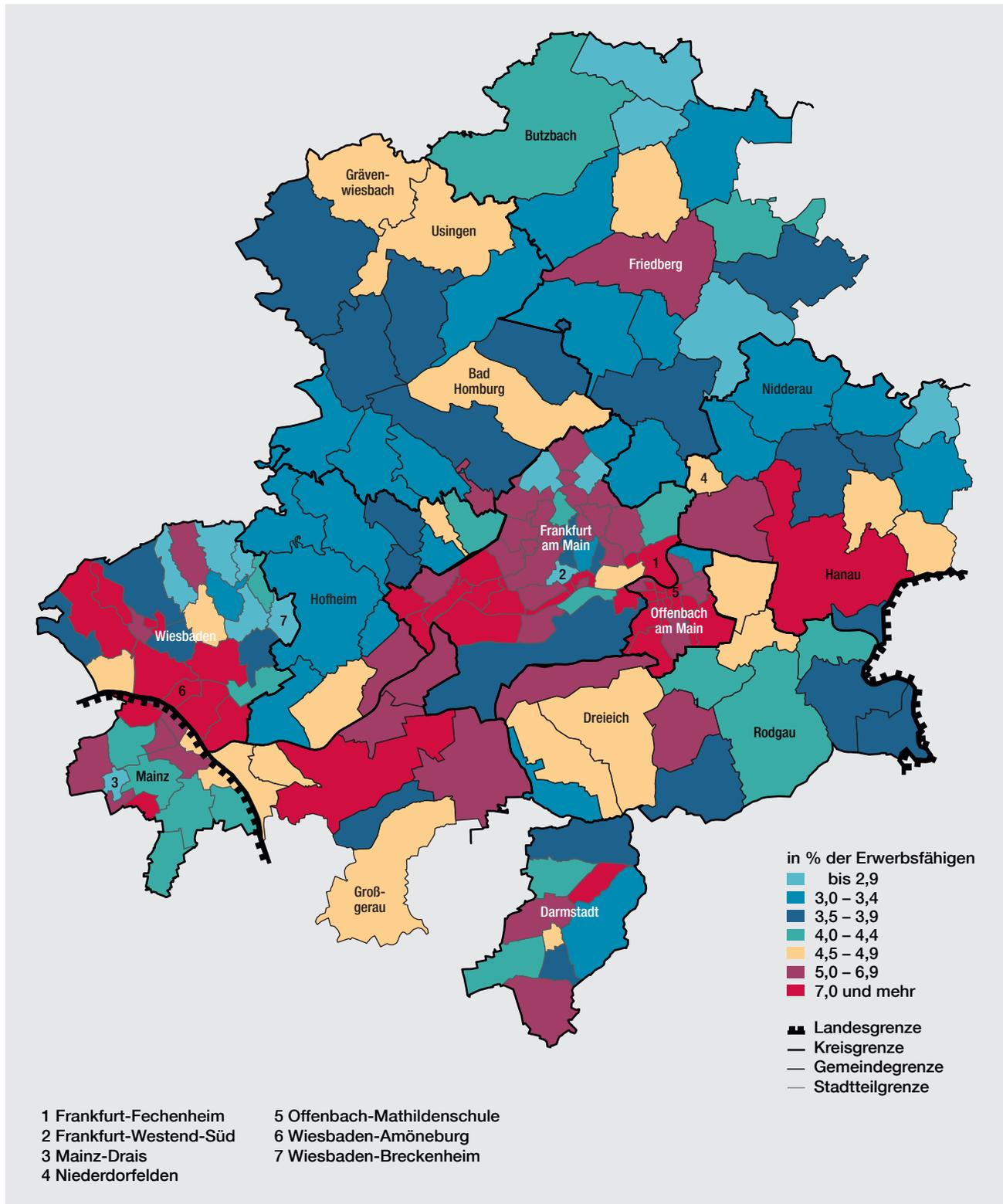
Alleinerziehende besonders armutsgefährdet

Zeitlich und finanziell stark belastet, sind besonders viele Alleinerziehende auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. In Frankfurt am Main sind 95,1 Prozent von ihnen Frauen (Stadt Frankfurt am Main, 2020b, S. 161). Sogenannte Bedarfsgemeinschaften mit einem alleinerziehenden Elternteil finden sich deutlich häufiger in großstädtischen Quartieren als im ländlichen Raum. Die stadregionalen, aber auch die subkommunalen Unterschiede sind für diese Gruppe besonders groß (siehe Abbildung 4, Seite 42). In einzelnen Quartieren ist rund jede

² Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht keine eigenen Arbeitslosenquoten für Gebiete mit weniger als 15000 zivilen Erwerbspersonen. Die Arbeitslosendichte ist eine auf Basis von Daten der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit errechnete Größe. Sie bezieht die Zahl der Arbeitslosen auf die erwerbsfähige Bevölkerung, d. h. die Personengruppe im Alter von 15 bis 64 Jahren.

³ Auch wenn häufig davon ausgegangen wird, dass Personen, die Anspruch auf existenzsichernde Mindestleistungen wie die Grundsicherung für Arbeitssuchende haben, armutsgefährdet sind, erfasst die amtliche Statistik nicht alle Leistungsberechtigten, sondern nur die jeweils im Leistungsbezug stehenden Personen. Die potenzielle Zahl an armutsgefährdeten Menschen ist somit höher.

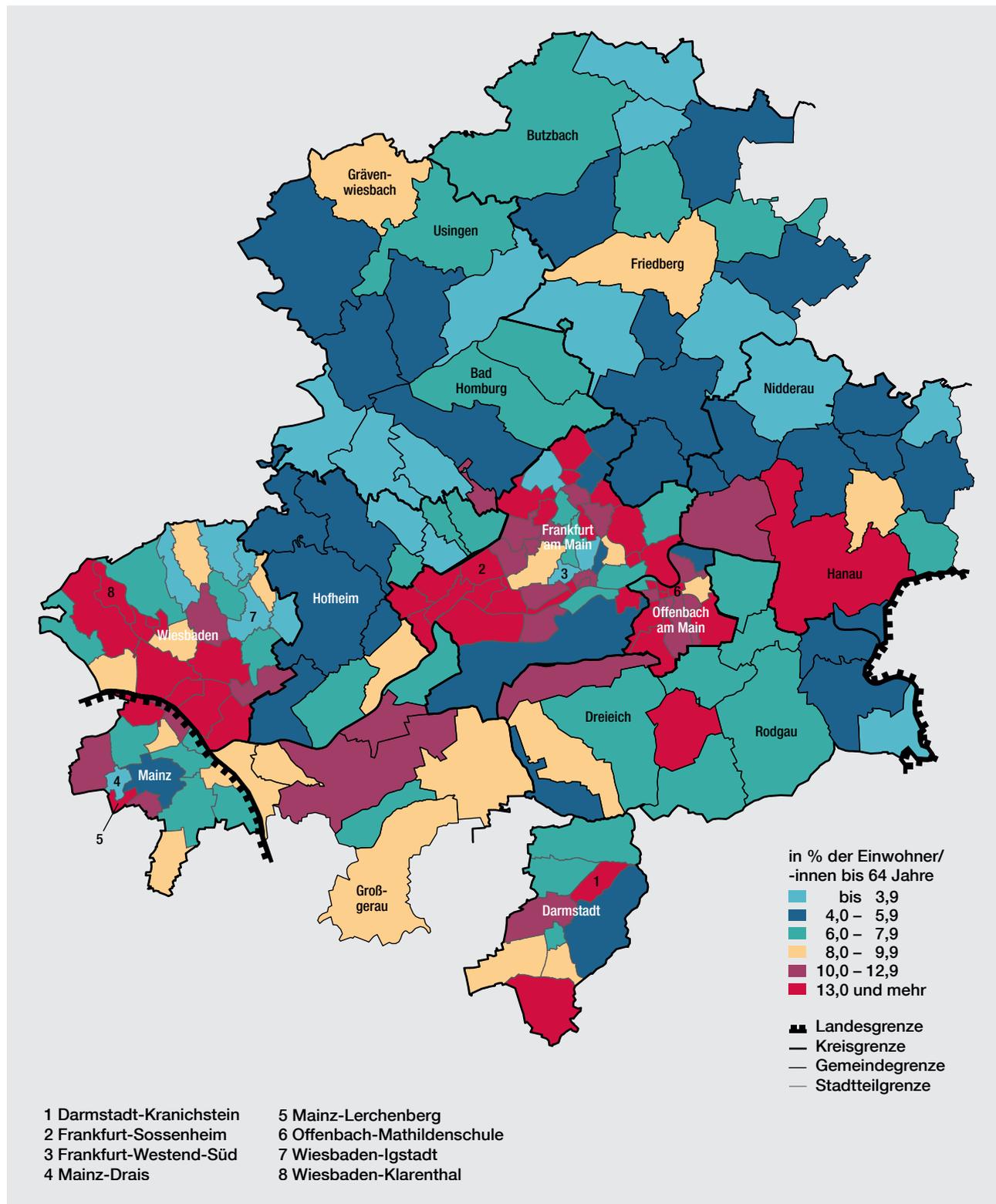
Abb.2 Arbeitslosendichte 2020



Quelle: Angaben der Städte Darmstadt, Frankfurt am Main, Mainz, Offenbach am Main und Wiesbaden; Bundesagentur für Arbeit; © GeoBasis-DE / BKG 2019 (Daten verändert); Geometrie Offenbach: Raumbezugssystem ETRS89, Stand: 2020; Hessisches Statistisches Landesamt.

Stichtag Daten Bundesagentur für Arbeit: 15. Dezember. Anteil der zuordenbaren Arbeitslosen am 15. Dezember 2020 an der Bevölkerung mit Hauptwohnung im Alter von 15 bis 64 Jahren am 31. Dezember 2020.

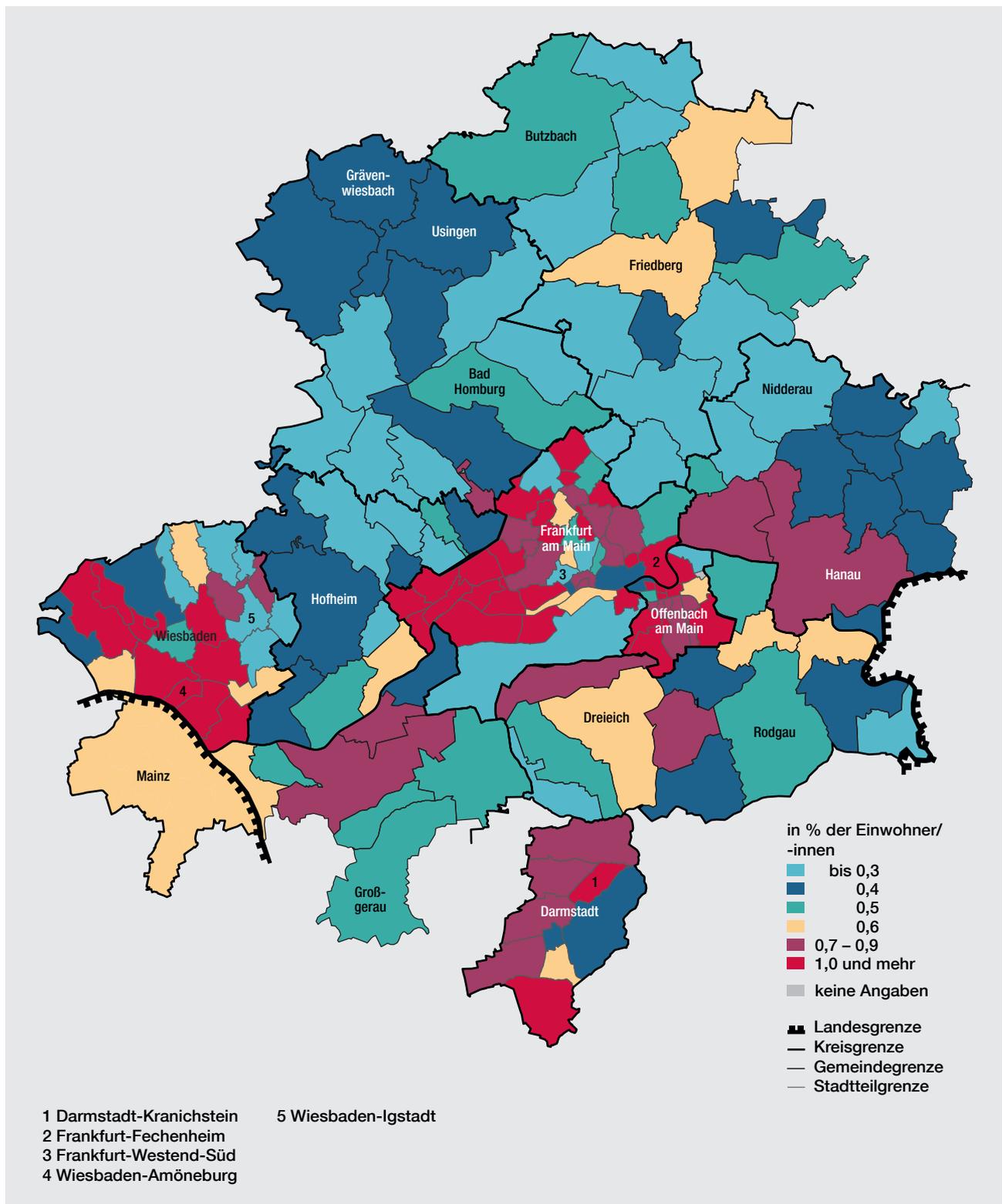
Abb.3 Dichte der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende 2020



Quelle: Angaben der Städte Darmstadt, Frankfurt am Main, Mainz, Offenbach am Main und Wiesbaden; Bundesagentur für Arbeit; © GeoBasis-DE / BKG 2019 (Daten verändert); Geometrie Offenbach: Raumbezugssystem ETRS89, Stand: 2020; Hessisches Statistisches Landesamt.

Stichtag Daten Bundesagentur für Arbeit: 15. Dezember.

Abb. 4 Dichte der Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von Grundsicherung für Arbeitsuchende 2020



Quelle: Angaben der Städte Darmstadt, Frankfurt am Main, Mainz, Offenbach am Main und Wiesbaden; Bundesagentur für Arbeit; © GeoBasis-DE / BKG 2019 (Daten verändert); Geometrie Offenbach: Raumbezugssystem ETRS89, Stand: 2020; Hessisches Statistisches Landesamt.

Stichtag Daten Bundesagentur für Arbeit: 15. Dezember.

fünzigste Person alleinerziehend im Grundsicherungsbezug (z. B. Wiesbaden-Amöneburg 2,1 %, Frankfurt-Fechenheim 1,8 % und Darmstadt-Kranichstein 1,6 %), während in teuren Wohnvierteln nicht einmal jede tausendste Person alleinerziehend und auf Grundsicherung angewiesen ist (z. B. Frankfurt-Westend-Süd 0,07 %, Wiesbaden-Igstadt 0,04 %). Ein Anteil von Alleinerziehenden im Grundsicherungsbezug über ein Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner findet sich ausschließlich in Quartieren der Großstädte Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach und Wiesbaden. Für Mainz liegen keine untergemeindlichen Daten vor.

Weiterentwicklung der räumlichen Auflösung und inhaltlichen Aussagekraft von Indikatoren

Die exemplarisch aufgezeigten Indikatoren für materiellen Wohlstand und soziale Benachteiligung zeigen hinsichtlich der Datenlage zwei Handlungsfelder auf:

Erstens bedarf es gerade für Großstädte inhaltlich tief gegliederter, kleinräumiger Sozial- und Wirtschaftsdaten, um Stadtbeobachtung auf einer soliden Basis zu betreiben. Angaben, die (teilweise) nur auf der Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten vorliegen, reichen für eine substanzielle Analyse nicht aus. Auch der Versuch eines mehrere administrative Ebenen integrierenden Blicks macht die begrenzten Möglichkeiten von Betrachtungen entlang von Verwaltungsgrenzen deutlich. Gemeinden und Stadtteile der Großstädte zusammengenommen, stehen für das beschriebene Gebiet mit einer Fläche von 2882 Quadratkilometern maximal 186 sehr unterschiedlich große Raumeinheiten für eine Untersuchung zur Verfügung. Das Raster der europäischen Geodateninfrastruktur bietet für dieses Gebiet der Fläche entsprechend rund 288200 Raumeinheiten. Auch wenn aufgrund von Anonymisierungsvorgaben gerade in vielen dünner besiedelten Gebieten Zellen vor einer Analyse zusammengefasst werden müssten, stünde damit eine der Zahl der Menschen und der sozialen Komplexität angemessenere Datenbasis zur Verfügung.

Die Darstellung der Indikatoren dient, zweitens, auch dazu, deren Behelfscharakter in dem Sinne zu verdeutlichen, dass sie nur kleine Teilaspekte sozialer Wirklichkeit abbilden. Indikatoren sind im eigentlichen Wortsinne gemeint als Anhaltspunkte für Verhältnisse, die den Durchschnitt der erfass-

baren Merkmale beschreiben. Insofern ist – ebenso wichtig wie die räumlichen Gliederungsmöglichkeiten der Indikatoren – die inhaltliche Aussagekraft der Indikatoren und das Wissen um ihre Grenzen von entscheidender Bedeutung. Einkommen z. B. über Bruttoarbeitsentgelte einer Teilgruppe abzubilden, kann in diesem Sinne nur Hilfskonstrukt in Ermangelung einer kleinräumigen Einkommensteuerstatistik sein. Die inhaltliche Fortentwicklung des Indikatorensystems der amtlichen Statistik und der Kommunalstatistik sind daher notwendige Voraussetzung für eine inhaltlich präzise, kleinräumige Raubeobachtung.

Geodateninfrastruktur mit kleinräumigen Rasterdaten bietet großes Analysepotential

Qua Zuständigkeit wurde der Umgang von Landes- und Bundesinstitutionen mit subkommunalen Daten durch viele Kommunen bislang skeptisch betrachtet. Mit umfangreichen Fachdaten versehen, wäre eine Geodateninfrastruktur aber nicht zuletzt durch Möglichkeiten der Verschneidung von Sachdaten eine zeitgemäße und mächtige Grundlage für sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Analysen. Ihr Analysepotential reichte, insbesondere durch die mögliche räumliche Granularität der Daten, deutlich über jenes der tradierten Orientierung an Verwaltungsgrenzen hinaus. Eine zentrale Geodateninfrastruktur böte dabei Kommunen, die teilweise wegen knapper Verwaltungsressourcen keine professionelle (Geo-)Datenhaltung betreiben können, die Möglichkeit kleinräumiger Auswertungen und damit die Basis für eine wissensgeleitete Sozialplanung sowie Stadt- und Gemeindeentwicklung.

Heute machen sich auch erste lokale Initiativen (Medienhaus Lüneburg GmbH, 2019) unter Beteiligung von Daten- und Lokaljournalistinnen und -journalisten daran, kleinräumige Informationen, z. B. für eine Wohnungspolitik, zu nutzen, die sich auf fundierte Daten stützt. Dies gelingt bisher nur mithilfe von Daten- und Recherche-Expertinnen und -Experten, die in der Lage sind, komplexe und verteilte Informationen aufzuspüren, zu sichten, zusammenzuführen und so analysierbar zu machen. Für kleine Initiativen, soziale Bewegungen sowie Bürgerinnen und Bürger wäre eine einfach zugängliche Datenquelle mit weiter verarbeitbaren Daten – ganz im Sinne offener Daten – die Basis für eine Wissensproduktion in der ganzen Breite der Gesellschaft.

Literaturverzeichnis

- BOLZ, Pia, Herbert JACOBS und Nicole LUBINSKI, 2013. *Monitoring 2013: Zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main*. Frankfurt am Main: Jugend- und Sozialamt, Stadt Frankfurt am Main. Materialienreihe Jugend und Soziales. 7
- BUNDESAMT FÜR KARTOGRAPHIE UND GEODÄSIE, 2019. *Geodaten aus ganz Europa nutzen: INSPIRE* [online]. Frankfurt am Main. [Zugriff am: 13.05.2020]. Verfügbar unter: <https://www.gdi-de.org/DE/GDI-DE/INSPIRE/inspire.html>
- GEBERS, Kathrin und Philip GRAZE, 2019. Statistische Datengewinnung durch die Nutzung geografischer Informationen. In: *WISTA Wirtschaft und Statistik*. (4), S. 11–18
- HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT, 2020. *Hessische Kreiszahlen: Landkreise und kreisfreie Städte in Hessen* [online]. Wiesbaden: Hessisches Statistisches Landesamt. [Zugriff am: 12.05.2020]. Verfügbar unter: <https://statistik.hessen.de/publikationen/thematische-veroeffentlichungen/landkreise-und-kreisfreie-staedte-hessen>
- MEDIENHAUS LÜNEBURG GMBH, 2019. *Wem gehört Lüneburg?* [online]. Lüneburg. [Zugriff am: 14.07.2021]. Verfügbar unter: <https://www.wemgehoertlueneburg.de/>
- REGIONALVERBAND FRANKFURTRHEINMAIN, 2020. *Der Statistik-Viewer des Regionalverbandes* [online]. Frankfurt am Main. [Zugriff am: 06.07.2021]. Verfügbar unter: <https://www.region-frankfurt.de/Services/Statistiken-Prognosen/index.php>
- STADT FRANKFURT AM MAIN, 2020a. *Interaktives Datenangebot* [online]. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen. [Zugriff am: 02.04.2020]. Verfügbar unter: <https://frankfurt.de/service-und-rathaus/zahlen-daten-fakten/interaktives-datenangebot>
- STADT FRANKFURT AM MAIN, 2020b. *Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2020*. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen
- STADT FRANKFURT AM MAIN, 2012. *Frankfurt am Main im Regional- und Großstädtevergleich 2009*. Frankfurt am Main: Bürgeramt, Statistik und Wahlen. Materialien zur Stadtbeobachtung. 11
- STATISTISCHES BUNDESAMT, 2021. *Erwerbstätigkeit: Eckzahlen zum Arbeitsmarkt, Deutschland* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [Zugriff am: 14.07.2021]. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/eckwerttabelle.html>
- STATISTISCHES BUNDESAMT, 2020. *Interaktiver Regionalatlas* [online]. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [Zugriff am: 25.05.2020]. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Visualisiert/RegionalatlasAktuell.html>
- STEIN, Christian, 2021. Arm und Reich in der Stadtregion. Was sagen die Zahlen und was nicht? In: JOHANNA BETZ, SVENJA KEITZEL, JÜRGEN SCHARDT, SEBASTIAN SCHIPPER, SARA SCHMITT PACÍFICO, FELIX WIEGAND, Hrsg. *Frankfurt am Main – eine Stadt für alle?: Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe*. Bielefeld: transcript, S.79–88

